

An das
Berliner Frauennetzwerk
Inge Keck
kontakt@berlinerfrauennetzwerk.de

Berlin, 10. August 2026

Ihre Fragen zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau Keck,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm>.

Frage 1: Welche konkreten haushaltspolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine verbindliche, mehrjährige institutionelle Förderung im Bereich feministischer Infrastruktur sicherzustellen? Bitte benennen Sie Haushaltstitel und geplante finanziellen Aufwüchse zur Sicherstellung Trägervielfalt

Die SPD Berlin setzt auf Trägerfinanzierung statt kurzfristiger Projektförderung. Einrichtungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir künftig nicht mehr als Zuwendungsprojekte gestalten, sondern in Trägerfinanzierung längerfristig sichern. Das gilt für Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Fachberatungsstellen und Gewaltschutzambulanzen. Wir wollen damit Planungssicherheit schaffen und Trägervielfalt erhalten. Konkrete Haushaltstitel werden erst im Rahmen der Haushaltsaufstellung festgeschrieben. Dabei wird die Istanbul-Konvention als verbindlichen Maßstab anlegt.

Frage 2: Wie will Ihre Partei verhindern, dass bei der feministischen Infrastruktur Personalabbau, Angebotskürzungen oder Projektauflösungen durch unsichere Finanzierung entstehen? Geplante Maßnahmen für ausreichende Finanzierung, tarifgerechter Bezahlung, mehrjährige Förderzusagen für Planungssicherheit?

Unsichere Projektfinanzierung gefährdet Fachkräfte und Angebote. Deshalb wollen wir mehrjährige Förderzusagen einführen und Einrichtungen der feministischen Infrastruktur strukturell

absichern. Tarifgerechte Bezahlung ist für uns dabei keine Verhandlungsmasse, sondern Voraussetzung. Wir setzen uns dafür ein, dass Personalkosten vollständig refinanziert werden und Tarifsteigerungen automatisch in die Förderung einfließen. Kurzfristige Haushaltssperren dürfen nicht auf dem Rücken von Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen ausgetragen werden.

Frage 3: Welche konkreten Ausbauziele verfolgt Ihre Partei für Feministische Zentren? Sollen neue Zentren geschaffen werden – wenn ja, wo und in welchem Umfang? Wie wird ihre Erreichbarkeit (inkl. Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit) verbessert?

Wir wollen feministische Zentren als niedrigschwellige Anlaufstellen in allen Stadtteilen stärken und ausbauen. Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit sind dabei keine Extras, sondern Grundbedingungen. Für Behördengänge und Beratungsangebote führen wir flächendeckend Sprachmittlung ein. Wir nutzen Dolmetscherdienste und bauen digitale Zugänge aus. Neue Angebote sollen gezielt in Bezirken entstehen, in denen die Versorgung bisher lückenhaft ist. Die flächendeckende Versorgung aller Stadtteile sichern wir ausdrücklich ab.

Frage 4: Welche konkreten Programme, Plätze und Budgets plant Ihre Partei für den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Projekte für FLINTA*? (zusätzliche Teilnahmeplätze, Qualifizierungsangebote oder Beratungsstellen, Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für besonders benachteiligte Gruppen?)

Wir nehmen geschlechtsspezifische Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt gezielt in den Blick. Wir stärken den beruflichen Wiedereinstieg nach Familien- oder Pflegezeiten, bauen Beratungs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für Frauen aus und fördern den Übergang in existenzsichernde Beschäftigung. Das neue Projekt "Familien in Arbeit" schafft neue Perspektiven, insbesondere für Alleinerziehende. Bewährte Programme wie JOB POINTs und JobCoaching Berlin führen wir fort. Wir schaffen jährlich 500 neue Arbeitsplätze im Förderprogramm "Soziale Betriebe" und stärken sozialpartnerschaftliche Qualifizierungsverbünde.

Frage 5: Welche konkreten Maßnahmen im Gewaltschutz wird Ihre Partei umsetzen und finanzieren? (geplante neue Plätze in Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen, Finanzierung von Fachberatungsstellen, Krisendiensten, Präventionsangeboten, Zugang zu eigenem Wohnraum, Mittel für Sprachmittlung, Barrierefreiheit?)

Wir setzen die Istanbul-Konvention konsequent um und bauen Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Unterstützungsangebote für queere Menschen, Angebote psychosozialer Arbeit mit Täter*innen sowie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus. Wir führen systematische Risikoanalysen bei der Polizei ein, um Hochrisikofälle früh zu erkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenkassen die Kosten der vertraulichen Spurensicherung übernehmen. Kinder als Mitbetroffene häuslicher Gewalt schützen wir besser. Sprachmittlung und Barrierefreiheit sichern wir in allen Schutzeinrichtungen ab. Zugang zu eigenem Wohnraum für Gewaltbetroffene stärken wir gezielt.

Frage 6: Wie will Ihre Partei die Lebensrealitäten von geflüchteten und migrantisierten FLINTA* konkret verbessern? (geplanter Abbau bürokratischer Hürden, bessere Zugänge zu Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Gewaltschutz, Gewährleistung von Gewaltschutz für geflüchtete FLINTA* im Rahmen der GEAS?)

Wir bauen das Willkommenszentrum Berlin zur zentralen, mehrsprachigen Anlaufstelle aus. Für Behördengänge führen wir flächendeckend Sprachmittlung ein. Bürokratische Hürden beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt und Gewaltschutz bauen wir ab. Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab, weil sie Teilhabe einschränkt. Stattdessen setzen wir uns für eine Berliner Stadtkarte ein, die auch undokumentierten Menschen Zugang zu Gesundheit, Wohnen und Arbeit ermöglicht. Gewaltschutz gilt für alle geflüchteten FLINTA* unabhängig von Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen menschenrechtlich fundierten Umgang mit GEAS-Regelungen ein, der Gewaltschutz nicht untergräbt.

Frage 7: Wie positioniert sich Ihre Partei zur Reform bzw. Abschaffung des §218 StGB und welche konkreten Initiativen wird sie dazu auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene unterstützen?

Für uns ist klar: Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafrecht. Im Bundesrat soll sich Berlin für eine entkriminalisierende, diskriminierungsfreie, gesetzliche Neuregelung einsetzen. Wir wollen das Thema entstigmatisieren und Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Leistung flächendeckend zugänglich machen. Dazu gehört, dass in mehr Krankenhäusern Abbrüche durchgeführt werden und rein medikamentöse Abbrüche auch in Hausarztpraxen angeboten werden. In der Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen verankern wir das Thema fest.

3

Frage 8: Welche landespolitischen Maßnahmen sind geplant, um die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Personen praktisch zu stärken (z. B. in Verwaltung, Bildung, Gesundheitsversorgung)?

Wir stärken die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Personen in Verwaltung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Amts- und schulärztliches Fachpersonal erhält Fortbildungen zu geschlechtlicher Vielfalt, um spezifische Bedarfe von TIN*-Personen zu erkennen und Verweisberatungswissen zu vermitteln. Wir prüfen den Ausbau von Schutzwohnungen insbesondere für trans Personen. Krankenzimmerbelegungen und Verwaltungsverfahren gestalten wir diskriminierungsfrei. Queere Rechte sind Menschenrechte. Die SPD Berlin steht dazu ohne Wenn und Aber.

Frage 9: Welche Maßnahmen sind geplant, um sichere Arbeitsbedingungen für straßenbasierte Sexarbeit von FLINTA* zu schaffen?

Wir stärken spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Zwangsprostitution, Arbeitsausbeutung und mafiöse Netzwerke. Gleichzeitig verbessern wir Schutz und Beratung für Betroffene. Wir stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten. Staatliche Eingriffe müssen dabei stets verhältnismäßig bleiben und Freiheitsrechte achten. Das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen wollen wir über eine

Bundesratsinitiative erweitern, wenn sie besonders sensible Beratungen übernehmen. Eine Fachberatungsstelle für TIN*-Personen, die auch trans Sexarbeitende unterstützt, wurde bereits eingerichtet.

Frage 10: Wie stellt Ihre Partei sicher, dass steigende Bedarfe durch den Anstieg von häuslicher, sexualisierter und queerfeindlicher Gewalt nicht auf bestehende, bereits ausgelastete Strukturen abgewälzt werden? Gibt es konkrete Bedarfsanalysen und Ausbaupläne mit Zeitrahmen?

Die Zahlen steigen, und das bestehende Hilfesystem ist vielerorts leider an seiner Kapazitätsgrenze. Deshalb wollen wir Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und Antigewalt-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen und dauerhaft finanzieren. Wir führen systematische Risikoanalysen ein, um Hochrisikofälle früh zu erkennen und gezielt Ressourcen bereitzustellen. Ein Gewaltpräventionsgesetz soll Prävention, bezirkliche Strukturen und ressortübergreifende Zusammenarbeit verbindlich regeln. Für queere Gewaltbetroffene bauen wir spezialisierte Beratungsangebote aus. Bedarfsanalysen und Ausbaupläne mit konkreten Zeitrahmen sind für uns Grundlage jeder Haushaltsplanung in diesem Bereich.

//

4

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.